

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 4.50 Mk. mit Frangierlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile 40 Hpf.
Die zweispaltige 150 Hpf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Altenhausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 57

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Lahn).

Donnerstag, 20. Mai 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Für die Reichseinheit.

Ueber den Verlauf der Konferenz der bundesstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung in Berlin erhielt der Darmstädter Vertreter des „Nacht- und Nebel“-Verbands folgende Mitteilung:

An den Besprechungen, die einen sehr erregten Verlauf nahmen und die in ihrer Auswirkung einen vollen Erfolg verheißten, nahmen Minister sämtlicher Landesregierungen teil. Es wurden zunächst allgemeine Fragen der inneren Politik erörtert, als deren Ergebnis festzustellen ist, daß über alle schwebenden Fragen volle Einheit erzielt wurde. Gewisse Meinungsverschiedenheiten wurden durch gründliche Aussprache restlos geklärt. Vor allem war man durchaus einig in der Hauptfrage, des Fortbestandes der Reichseinheit. Es herrschte darüber volle Einigkeit, daß niemand daran denke, das Reich auseinander zu reißen oder auseinanderreißen zu lassen. Besonders wurde das auch von Bayern betont. Die Reichsregierung ist, nach dem Verlauf der Verhandlungen zu schließen, zuversichtlicher Stimmung, nicht nur bezüglich der inneren Politik, sondern auch bezüglich der Außenpolitik. Man vertraut wohl darauf, daß der von französischen Chauvinisten gehegte Plan eines südeuropäischen Staatenbundes der sich von Süddeutschland bis zur Türkei erstrecken und in dem natürlich Frankreich eine führende Rolle spielen sollte, den dauernden Widerstand seines britischen Ententegegners finden werde. Des weiteren wurde die Frage der Gesundheitsfragen der Länderregierungen eingehend besprochen, und man war sich darüber einig, daß der Ausbau des Reichsrats als Organ für die Vertretung der Länder weiter betrieben werden müsse.

Im übrigen nahm man auch die immer wieder auftauchenden Furchtsprüche nicht ernst. Der Nachrichten dienst der Reichsregierung funktioniert jetzt gut, und Ausbau bzw. Reorganisation der Reichswehr nehmen einen befriedigenden Verlauf.

Einen sehr breiten Raum nahm bei den Verhandlungen die äußere Politik ein, besonders die bevorstehende Konferenz in Spa. Es ist richtig, daß die Reichsregierung ihre Teilnahme in dieser Konferenz davon abhängig gemacht hat, daß das neudefinierte Rheingebiet von den Franzosen völlig geräumt wird. In Berlin war man auf Grund von Verhandlungen mit der französischen Regierung der Überzeugung, daß der Rheingau geräumt würde, wenn der Spezialbeauftragte der Berliner Entente-Kommission sich im Ruhrgebiet davon überzeugen haben würde, daß die Angaben der Regierung über die Stärke der Reichswehr den Tatsachen entsprechen.

Zum Schluß wurde allgemein der Wunsch nach öfteren derartigen Konferenzen laut, da ein inniges Zusammenarbeiten der Länder mit der Reichsregierung sehr dienlich und förderlich sei.

Demnächst keine Zeitungen mehr.

Es ist in der Tat bald soweit.

Eine außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger war in Dresden anberaumt worden, weil der Vorstand in Anbetracht der immer bedrohlicher werdenden Lage der deutschen Presse eine Aussprache für dringend notwendig ansah.

Der Vorsitzende, Dr. Robert Faber, gab eine umfassende Darstellung all der Schwierigkeiten und Nöte wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art, die sich zur Lebensbedrohung für die deutschen Zeitungen vereint haben. Er betonte, daß es sich dabei nicht sowohl um die besondere katastrophale Not eines einzelnen Gewerbes handelt, deren Auswirkung nicht gehindert oder gemildert wird, wenn eine kleine Anzahl von Betrieben noch Widerstandskraft aufbringt, sondern um die Folgen, die die Zusammenbruch der deutschen Presse für die Öffentlichkeit und die Volksgemeinschaft unabwendbar nach sich ziehen muß. Dr. Faber machte erschreckende Einzelangaben über die durch die schwere wirtschaftliche Überlastung bereits eingetretenen inneren Veränderungen in der Wirtschaft der deutschen Zeitungen, und wie die Zeitungen der Presse unter anderem auf dem Gebiete des Auslandsnachrichtendienstes und der unschätzbar wichtigen politischen Einwirkung auf das Ausland dadurch geschädigt und schließlich vernichtet werden. Das Situationsbild ist in allen seinen Einzelheiten derartig trübselig, daß die Herausgeber der deutschen Presse sich veranlaßt sehen, im einzelnen noch über Rettungsaktionen zu beraten, aber auch zu der bei der weiteren Entwicklung in bedrohliche Nähe rühenden Stilllegung der Zeitungsbetriebe Stellung zu nehmen. Die Katastrophengefahr verschärft sich zusehends durch das ungehemmte und ungeheuerliche Ansteigen der Papier- und Materialpreise und durch neue Lohn- und Gehaltsforderungen. Die Herausgeber der deutschen Zeitungen sind sich ihrer besonderen Pflichten gegen die Volksgemeinschaft durchaus bewußt, aber jede Einsicht und jeder Opferwille finden ihre natürlichen Grenzen in wirtschaftlichen Unmöglichkeitkeiten. Die Regierung und die Nationalversammlung sind frühzeitig und unter Vorlegung von schwerwiegendem Tatsachenmaterial unterrichtet worden, aber die sich daraus als unumgänglich ergebenden Maßnahmen sind nicht erfolgt, oder sie wurden durch das Verhalten einzelner Regierungen so erschwert, daß mit Recht der Reichsministerpräsident eines süddeutschen Landes kürzlich

sagen konnte, es sei unerhört, wie man es jetzt bringe, gleichzeitig feierliche Erklärungen über die Lebensnotwendigkeit der Erhaltung einer freien und publizistisch leistungsfähigen Presse abzugeben und — nichts oder nichts Nichtiges zu tun, um diese unentbehrlichen Organe des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu erhalten. Es müssen die Herausgeber der Zeitungen sich darüber im klaren sein, daß jeden Augenblick die Unmöglichkeit des Weitererscheinens der Zeitungen eintreten kann. Solange es noch möglich ist, muß versucht werden, diesen Zeitpunkt noch hinauszuschieben. Es muß alles mögliche geschehen, um das Eindringen ausländischer Presseunternehmen unter deutscher Flagge und die Ausschachtung der Druckbetriebe der Presse, die Abwanderung der Maschinen und des Materials in das Ausland zu verhindern. Ob freilich nach einer Stilllegung der Zeitungen wieder aufgerichtet werden können nach dem Chaos das durch die fehlende Einwirkung der freien Presse auf die öffentliche Meinung und die Wirtschaft entstehen muß, das erscheint höchst zweifelhaft.

Der Polenfeldzug.

„Politiken“ meldet aus Kopenhagen, daß sich in der englischen öffentlichen Meinung die Auffassung durchsetze, die polnische Offensive werde sich zu einem neuen großen Feldzug gegen Sowjetrußland ausgestalten. Ein englisches gut unterrichtetes Provinzialblatt schreibt, daß die Alliierten, selbst wenn sie nicht direkt an den Vorbereitungen des neuen Feldzuges teilnehmen, doch darum ersucht worden sind. Der ungarische Admiral Horthy hat den Polen angeboten, das ungarische Heer, das eine augenblickliche Stärke von 120 000 Mann habe, bei der polnischen Armee als Reserve gegen die Bolschewiken verwenden zu lassen. Ferner wird mitgeteilt, daß Tade Jozescu in Kürze zu Verhandlungen nach dem polnischen Hauptquartier reisen werde. Rumänien wünscht, ebenso wie Polen, eine starke Ukraine, will aber keine militärischen Schritte ohne Beratung mit den Alliierten vornehmen. Ferner verlautet, daß der Besuch Milnerands in Kassel eine auch Verhandlungen über die polnische Offensive zum Ziele habe. Den letzten Meldungen zufolge räumen die Bolschewiken den Ausmarsch und ziehen alle verfügbaren Truppen auf dem polnischen Kriegsschauplatz zusammen, wo Brussilow und Trotsky die Verteidigung leiten.

Allerlei Nachrichten.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Eine Regierungs-Kommission begab sich nach Münster, um dort die Kriegsverhältnisse, die in letzter Zeit scharfe Kritik erfahren, nachzuprüfen und sich weiterhin über die Frage schlüssig zu werden, ob die Beibehaltung der außerordentlichen Kriegsgesetze noch notwendig sei. Die Kommission besteht aus je einem Vertreter des Reichswehrministeriums, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsjustizministeriums, des preussischen Ministeriums des Innern und des preussischen Justizministeriums.

Explosionskatastrophe in Moskau.

„Daily Express“ hat einen langen Bericht seines Moskauer Korrespondenten erhalten, nach welchem am vorigen Montag in einem Dorf, das einige Kilometer von Moskau entfernt ist, eine Feuerbrunst ausbrach, die bald auf das Munitionslager übergriff und dieses zur Explosion brachte. Infolgedessen sind ein in der Nähe befindlicher Flugplatz und die drahtlose Station in Mitleidenhaft gezogen. In Moskau wurden Tausende von Menschen durch die Explosion vermisst. Da die Feuerbrunst in demselben Augenblick erfolgte, wo die polnische Offensive losbrach, so herrscht in Regierungskreisen die Ansicht, das es sich um ein polnisches Komplott handelt. Die Anzahl der Opfer ist noch nicht bekannt, doch heißt es, daß eine sehr große Anzahl von Menschen der Katastrophe zum Opfer gefallen ist. Die Sowjetregierung hat sich mit einer Proklamation an die Bevölkerung gewandt und versprochen, daß sie eine besondere Kommission zur Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe einsetzen wird.

Kleine Meldungen.

Stuttgart. Der Parteitag der württembergischen Zentrumspartei wählte Erzberger mit 356 gegen 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen wieder zum Kandidaten für die Reichstagswahl.

Amsterdam. Nach einer Meldung der „Times“ aus Mexiko ist eine vorläufige Regierung gebildet worden mit Huerta aus dem Staate Sonora als vorläufigen Präsidenten der Republik, Callos als Kriegsminister und Juan Sanchez Alfonsa als Minister des Inneren.

London. Neuer erzählt: Es ist ziemlich sicher, daß Lloyd George und Milnerand bei den Beratungen in Spa verschoben wird, da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen fiel und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments genießen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 14. Mai. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete ist die Zulassung folgender Gesetze für das besetzte Gebiet durch die interalliierte Rheinlandskommission erfolgt: a) Reichsgesetze betr. 1. Erweiterung der Fortbildungspflicht für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 28. März 1919; 2. Vertragsabstufungsverordnung vom 8. August 1919; 3. Verwendung der Fahrzeuge der Vinnenschifffahrt für Lebensmittel und Kohlen vom 7. Nov. 1919; 4. Kasse-Erfahrmittel vom 6. Dezember 1919 sowie Abänderung hierzu vom 4. Februar 1920; 5. Verlehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 8. März 1920; 6. Durchführung der Lohnsteuern für den Monat Februar 1920, vom 9. März 1920; 7. Druckpapierpreise vom 11. März 1920; 8. Weitere Ermäßigung der Tabaksteuer vom 10. März 1920 u. 12. März 1920; 9. Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 vom 13. März 1920; 10. Aufhebung der Verordnung über Biersteuern vom 19. März 1920; 11. Abänderung der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Leinwand vom 26. März 1920; 12. Zeitpunkt des Friedensschlusses im Sinne des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 29. März 1920; 13. Reichseinkommensteuer vom 29. März 1920; 14. Körperschaftsteuer sowie Landessteuer vom 30. März 1920; 15. Wiedereintritt des Friedenszustandes gemäß § 32 des Kriegszeitgesetzes vom 31. März 1920; 16. Erhebung der Biersteuer vom 31. März 1920; 17. Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. April 1920; 18. Preise für Getreide der Ernte 1920 vom 1. April 1920; 19. Aburteilung der hochverräterischen Unternehmen aus dem März 1920 und der damit zusammenhängenden Straftaten durch die bürgerlichen Gerichte vom 2. April 1920; 20. Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920; 21. Postgebühren vom 29. April 1920; 22. Änderung der Postordnung vom 26. April 1920; 23. Änderung der Postordnung vom 29. April 1920. b) Preussisches Gesetz betr. Unterbringung von mittleren Staatsbeamten und Lehrpersonen vom 30. März 1920.

Koblenz, 14. Mai. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die interalliierte Rheinlandskommission hat die Anwendung des Reichsgesetzes vom 27. März 1920 (Reichsgesetzblatt S. 353), das nur für die Dauer des Waffenstillstands geltende Reichsgesetz vom 2. März 1919 über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Gebiet über die Waffenstillstandszeit hinaus bis zur Beendigung der Befehlsaufrechterhaltung, für die besetzten rheinischen Gebiete zugelassen. Sie hat hierbei bedungen, daß die von der Reichsregierung in Ausführung dieses Gesetzes bezahlten Zusatzentschädigungen, die die nach den Bestimmungen des Artikels 8 des Rheinlandabkommens abgeschätzten tatsächlichen Lasten der Befehlsaufrechterhaltung, auf keinen Fall auf die in Artikel 235 des Friedensvertrages vorgesehenen 20 Milliarden anzurechnen werden dürfen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat die Reichsregierung nunmehr gebeten, die hiernach erforderlichen Weisungen an die Feststellungsbehörden zu veranlassen um die Auszahlung der Entschädigungen herbeizuführen.

Speyer, 12. Mai. Der bisherige stellvertretende Regierungspräsident der Pfalz, Regierungsdirektor von Klingenberg, der seit der Ausweisung des Regierungspräsidenten Dr. v. Winterstein durch die Franzosen die Präsidialgeschäfte der pfälzischen Kreisregierung leitete, ist jetzt definitiv zum Regierungspräsidenten der Pfalz ernannt worden. Dr. v. Winterstein ist in München als Staatskommissar für die Pfalz tätig. Der ausgemerkte Bürgermeister von Landau und Präsident des pfälzischen Landrates Dr. v. Mahla wird im Staatsministerium des Innern als Hilfsarbeiter verwendet. Wie verlautet, soll seine Zurückverlegung bei der hohen interalliierten Kommission in Koblenz von zuständiger Seite beantragt worden sein.

Saarbrücken, 12. Mai. Bei der Regierungskommission ist vom Reichskommissar für die Übergabe des Saargebiets, dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Groote, ein Telegramm eingelaufen, nach dem die Reichsregierung der Regierungskommission des Saargebiets die Reichsbeamten sowie die preussischen und bayrischen Staatsbeamten zur Verfügung stellt.

Seine Chronik.

Die eigne Mutter erschlagen. Der 20jährige Ernst Elmshardt in Oberursel hat seine Mutter mit einem Stöße erschlagen und seine 13jährige Stiefschwester durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt.

Zünder-Explosion. In der Zweigstelle des Vertin-Burger Eisenwerkes in Kettlerbach fand die Arbeiterin Frau Margarete Zinnel durch Explosion eines Zünders den Tod.

Ein Urteil. Das Bürgergericht in Kaiserlautern verurteilte der Brouereibereitor Jänisch wegen Schleichhandels zu 18 Monaten Gefängnis, sowie zu 150 000 Mark Geldstrafe.

Berliner Seide. In Frankfurt a. M. wurden erhebliche Seidenmengen im Werte von mehreren hunderttausend Mark beschlagnahmt. Die Ware entstammte einem großen Seidenbiefstahl in Berlin und sollte in Frankfurt durch Heiler verkauft werden.

Menschenkapital.

Haben wir genügend Arbeitskräfte? Deutschland hat während des Krieges auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten 2 Millionen Männer gelassen. Eine 1/2 Million ist arbeitsunfähig geworden. Die Heimatbevölkerung verlor durch die mittelbaren Folgen des Krieges eine Million Menschen, darunter immerhin hunderttausende Arbeitsfähiger. Danach scheint die eben gestellte Frage eigentlich vollkommen überflüssig. —

Die Berechnung gibt aber eine überraschende Antwort. Die Zahl der arbeitsfähigen Männer und Frauen in Deutschland ist heute schon so groß wie vor dem Kriege und wird bald größer sein.

Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, die Berechnungen im einzelnen vorzuführen. Nur soviel sei gesagt, daß eben der Wiederaufbau von dem Geburtenrückgang verlorene Nachwuchs aus den geburtsreichen Jahrgängen des beginnenden Jahrhunderts so stark ist, daß er die Lücke schnell wieder schließt. Dieser Zuwachs vermehrt die Zahl der Männer zwischen sechzehn und sechzig um reichlich dreihunderttausend jährlich: Von Mitte 1914 bis Mitte 1920, also um 1,8 Millionen. Der durch den Krieg entstandene Verlust an Arbeitskräften ist für das Deutsche Reich in seinen alten Grenzen auf etwas mehr als 2 1/2 Millionen, für das heutige Reichsgebiet auf 2,3 Millionen zu schätzen. Der Zugang an Männern zwischen sechzehn und sechzig und von arbeitenden Frauen beträgt 2 1/2 Millionen. Die Zahl der Arbeitskräfte im ganzen ist also schon heute größer als vor dem Kriege. An männlichen Arbeitskräften fehlt freilich, im Vergleich zum früheren Stand, noch annähernd eine halbe Million. Dieser Ausfall wird aber am Heer ersetzt. —

Da Deutschland Kinderärmer geworden ist, wird im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die Zahl der Arbeitsfähigen von Jahr zu Jahr größer. Die Zahl der Arbeitskräfte reicht also für den Wiederaufbau aus; er wird gelingen, wenn gesteigerte Arbeitsenergie der Arbeitsfähigen hinzukommt. —

Nur Tagesgeschichte.

Fehrenbach und Erzberger.

Im „Badischen Beobachter“ wendet sich Reichstagspräsident Fehrenbach gegen eine Reichstagsantrag von Erzberger. Er sagt dabei, daß die Veröffentlichungen über die Friedensgespräche Bethmann Hollwags mit dem Runtius Pacelli (Juni 1917) bei ihm den gewaltigsten Eindruck hervorgerufen hätten. Von der Zentrumsfraktion habe niemand etwas davon erfahren, dagegen habe Erzberger von der Sache gewußt, da er zu jenen Verhandlungen zum Teil zugezogen worden sei. Dagegen sagt Erzberger in einer Erklärung im „Deutschen Volksblatt“, daß er über den Inhalt jener ganz vertraulichen Aussprache von keinem der Beteiligten unrichtig berichtet worden sei, daß er also auch der Zentrumsfraktion hierüber keine Mitteilungen habe machen können. In den kritischen Junitagen 1917 habe ihm der damalige Reichskanzler weder direkt noch indirekt eine Mitteilung darüber zukommen lassen, daß er eine Friedensaktion durch Vermittlung einer neutralen Macht, insbesondere durch den heiligen Stuhl, eingeleitet oder in Aussicht genommen habe. Wohl aber habe Bethmann ihn durch eine Vertrauensperson in den Tagen der Krise wissen lassen, daß er nur noch solange im Amt zu bleiben gedenke, um die Reform des preussischen Wahlrechts und die zugehörige innerpolitische Neuorientierung durchzuführen. Von der Anwesenheit des Münchener Runtius in Berlin Ende Juni 1917 hätten durch ihn die Herren Spahn, Gröber, Dr. Porck erfahren, die er auch zu einer Zusammenkunft mit dem Runtius nach Berlin eingeladen habe, die aber zu keinem Besuche nicht erschienen seien. Der Abgeordnete Giesberts habe mit zwei anderen Zentrumsmitgliedern an einem zu Ehren des Runtius gegebenen Frühstück teilgenommen.

Wahlrede des Reichskanzlers.

In Nürnberg eröffneten die Sozialdemokraten den Wahlkampf mit einer von Tausenden besuchten Versammlung, in der ihr erster Kandidat, Reichskanzler Müller, über die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen sprach.

Angesichts der immer wieder auftretenden Meinung, daß von Bayern aus ein Anstoß zur Zerreißung Deutschlands gegeben würde, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß er gerade in Bayern als Kandidat aufgestellt worden sei. Alle Zerreißungsbestrebungen würden an dem Willen der süddeutschen Arbeiter zerschellen. Die russische Sowjetregierung reize nicht zur Nachahmung. Dort sei nichts vorhanden, was einem Paradies ähnlich sehe. Der Rapp-Putsch habe das Ansehen der deutschen Republik und der deutschen Demokratie im Ausland außerordentlich gehoben. Müller grüßte die Deutschen und die Deutsche Volkspartei schon an, besonders Dr. Helfferich, der an dem heutigen Abend durch seine Politik selbst schuld sei. Die Sozialdemokratie werde unter keinen Umständen und niemals mit der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsregierung bilden. Die bisherige Koalitionsregierung sei notwendig gewesen, um Deutschland über die schwersten Zeiten hinwegzubringen. Wenn die Wahlen entsprechend ausfielen, müsse dieser Notbehelf beibehalten werden.

Ehe nicht in Frankreich und England der Sozialismus Eingang gefunden habe, erklärte der Kanzler, sei es unmöglich, in Deutschland die Sozialisierung durchzuführen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen eine Verfügung erlassen, nach welcher der Belagerungszustand in allen Teilen des Reiches, wo er zurzeit noch besteht, aufgehoben werden wird, damit die Wahlen nicht unter dem Ausnahmezustand stattfinden. Dieser Beschluß der Reichsregierung könnte nur dann rückgängig gemacht werden, wenn Reichstagskommissionen auf eine beabsichtigte Störung der Reichstagsarbeiten hinweisen. Der Schutz der Wahllokale wird der staatlichen Sicherheitspolizei übertragen werden, die notwendigfalls durch Reichswehr unterstützt wird.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am Mittwoch in Paris beginnen und zunächst von deutscher Seite von Geheimrat Deutsch geführt werden. Die Verhandlungen werden aller Wahrscheinlichkeit mindestens zwei Wochen dauern, wobei zu berücksichtigen ist, daß erst noch die Grundlage zu einem größeren Abkommen geschaffen werden muß. Von deutscher Seite strebt man den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages auf den Grundlagen der Gegenseitigkeit an.

Die Heeresstärke.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, wird die deutsche Regierung ein nochmaliges Eruchen um die Herauslieferung der nach dem Friedensvertrag zugelassenen deutschen Heeresstärke von 100 auf 200 000 Mann an die Alliierten richten. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob diese Angelegenheit noch auf der Konferenz in Spa erledigt werden kann. Die Meldungen der Agence Havas, daß in Sythe beschloffen worden sei, Deutschland keinerlei Einwendungen mehr in der Frage der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke zu gestatten, kann die Bestrebungen der deutschen Regierung nicht beseitigen. Es hat zwar den Anschein, als ob die völlige Entwaffnung Deutschlands von den Alliierten gefordert werde, aber Deutschland hegt keinen Zweifel darüber, daß es noch gelingt, hier Zugeständnisse zu erreichen, da sonst kommende Ereignisse die Alliierten belehren dürften, welche Folgen die Entwaffnung Deutschlands nach sich ziehen werde. Eine Armee von 100 000 Mann wäre völlig außerstande, den drohenden Putschgefahren zu begegnen.

Verabschiedete Landräte.

Wie den P. P. N. aus dem preussischen Ministerium mitgeteilt wird, sind in der Provinz Schleswig-Holstein mehrere Landräte vom Amt suspendiert worden. Es sind dies in Vorpommern Landrat Freiherr v. Heinke, ferner in Oldenburg, Sig Giesmar, Landrat Voigts, in Husum der Landrat v. Rasse. Gegen alle drei ist ferner das Disziplinarverfahren eingeleitet; sodann ist der Landrat Freiherr v. Loe von und zu Steinburg, früher in Hadersleben, seines Amtes entsetzt worden. Gegen ihn schwebt bei dem Reichsgericht ein Verfahren wegen Hochverrats. Die gesamten Disziplinarverfahren stehen im Zusammenhang mit den Ereignissen der Rapp-Putschzeit. In der Provinz Brandenburg ist der Landrat v. Winterfeld (Ostpreignitz-Kröpp) seines Amtes enthoben worden. Auch gegen ihn ist das Disziplinarverfahren eingeleitet. Ebenso schwebt ein Verfahren gegen den Landrat Dr. Spiritus (Westpreignitz-Perleburg), dessen Amtesenthebung schon vor einiger Zeit mitgeteilt wurde. Von seinem Amte suspendiert wurde ferner der Landrat v. Reuter in Königsberg-Neumarkt, gegen den gleichfalls ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist.

Dr. Köster über Spa.

Der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Köster, äußerte sich einem italienischen Berichterstatter gegenüber über die Konferenz von San Remo und das deutsche Programm für Spa. a: Wir wollen die Abklärung und haben nichts gegen eine Entwaffnung in diesem Sinne. Die Entwaffnung darf aber nicht soweit gehen, daß sie die demokratische Regierung wehrlos macht gegen die militärische Reaktion und das ebenso aggressive Bolschewistentum. Die Konferenz von Spa kann, wenn sie zu Besprechungen in wirklich friedlichem Geiste auf beiden Seiten führt, einen großen Fortschritt zur Befriedung der Völker und zur Heilung der Wunden Europas bedeuten. Wir werden in Spa im Sinne einer Verständigung der Völker, der Erkenntnis ihrer Solidarität und der Förderung des Wiederaufbaues des fast zu Grunde gerichteten Europas wirken.

Bürgerlicher Wahlsieg.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz wurden gewählt: Wirtschaftliche Vereinigung 30 Mandate, Handwerker 5, Demokraten 5, Sozialdemokraten 14, Unabhängige 1. Die Rechten, die eine eigene Liste aufstellten, erhielten 1152 Stimmen, aber keinen Sitz. Im bisherigen Landtag hatte die Sozialdemokratie 18, die Bürgerlichen 17 Sitze.

Ein deutscher Protest.

Gegen die Kronenwährung in Schleswig.

Der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris übergab dem Präsidenten der Friedenskonferenz folgende Note:

Herr Präsident! Wie der deutsche Bevollmächtigte bei der internationalen Kommission in Helsingfors auf Grund von Mitteilungen des Generalsekretärs der Kommission Brudenell-Pruce und des norwegischen Mitgliedes Hesthe berichtet beabsichtigt die internationale Kommission, in der ersten Zone des schleswigschen Abstimmungsgebietes alsbald die dänische Kronenwährung einzuführen. Der deutsche Bevollmächtigte erhob hiergegen sofort Einspruch. Nach dem Friedensvertrag Art. 103, Nr. 3 letzter Absatz, hat Dänemark wohl das Recht, nach Verständigung mit der Internationalen Kommission die erste Zone unmittelbar nach der Befriedung des Abstimmungsergebnisses durch ihre Militär- und Verwaltungsbehörden besetzen zu lassen. Laut Art. 110 geht aber die Souveränität über das abzutretende Gebiet erst nach der endgültigen Festlegung der Grenze an Dänemark über. Bis dahin besitzt Dänemark nur diejenigen Rechte, die im Art. 109 Nr. 3 angegeben sind. Die Münzhobelt gehört nicht dazu, verbleibt vielmehr einwilligen bei Deutschland. Die deutsche Regierung kann daher der Einführung der Kronenwährung nicht zustimmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die den Abschluß der Einführung der Kronenwährung begründet wird, haben sich schon vor der Abstimmung geändert, weil infolge dänischer Propaganda viele Einwohner ihre Geschäfte in Kronenwährung abgeschlossen haben und sich dadurch in schwere Wirtschaftsnöte begeben. Durch die Verzögerung der Grenzfestlegung wurde der Uebelstand noch weiter gefördert, wird aber durch Einführung der Kronenwährung nicht behoben, sondern vielmehr auf die zweite Zone des Abstimmungsgebietes ausgedehnt. Auch die nach der Absicht der internationalen Kommission einzurichtende Sperrelinie vermöchte ihn nicht zu beseitigen. Durch Einführung der Kronenwährung würden ferner die in der ersten Zone bis heute in lokaler Weise im Amt gebliebenen deutschen Beamten infolge der zu erwartenden Teuerung nicht mehr in der Lage sein, ihr Leben dort zu fristen, so daß erneute ungeahnte Schwierigkeiten im ganzen Abstimmungsgebiete entstehen würden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die internationale Kommission den zur Zeit ihrer Kopenhagener Beratungen ihr zugewiesenen deutschen Vertreter die Beibehaltung der Markwährung zugestanden und sich auch in ihrer Proklamation im gleichen Sinne ausgesprochen hat. Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich, Vorstehendes zur Kenntnis der alliierten Hauptmächte zu bringen und die Bitte auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, daß die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone bis zur endgültigen Festlegung der deutsch-dänischen Grenze unterbleibt.

Die Räumung des Maingaues.

Havas meldet: Die Räumung des ganzen Maingaues erfolgte ohne jeglichen Zwischenfall. General Viladon, der Kommandant der Frankfurter Besatzungstruppen, erklärte den deutschen Zivilbehörden, er lege Wert darauf, der ruhigen Haltung, welche die Bevölkerung bis zuletzt an den Tag gelegt, lobende Erwähnung zu tun.

Der Rückzug der französischen Truppen aus Frankfurt entlockt dem sozialistischen „Journal du Peuple“ folgenden Senzer:

„Unsere Truppen räumen Frankfurt, aber sie überlassen Paris und alle industriellen Zentren Frankreichs. Unsere Soldaten treten im Maingau den friedlichen Rückzug an, aber alle Teile Frankreichs, wo die Auslandsbewegung wächst, werden militärisch besetzt. Den deutschen Maingau hat Millerand befreit, weil er dem ausländischen Befehl Lord Georges sich unterwerfen mußte. Jetzt organisiert er auf den Ruinen der reaktionären Mehrheitsführer in Frankreich selbst den Anarchismus um die Arbeiterkategorien herum.“

Die Konferenz in Sythe.

Die Entschädigungssumme.

Ministerpräsident Millerand sagte zu dem Vertreter des „Matin“ nach Schluß der Konferenz von Sythe, man sei übereingekommen, daß Deutschland nur nach Spa kommen solle, um Aufklärungen zu geben, namentlich über die Nichtausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages. Man sei auch darin einig gewesen, daß man die Erklärungen nicht abzuwarten brauche, die die deutsche Regierung den vereinigten Alliierten geben werde, um alle Maßnahmen zu treffen, die die internationalen Kontrollkommissionen für nötig erachten werden. Auch wegen der nichterfüllten wirtschaftlichen Pflichten wolle man die Konferenz von Spa nicht abwarten, um ihre Ausführung sicherzustellen. Dem Vertreter des „Journal“ sagte Millerand, man wolle für die deutschen Entschädigungen eine feste Summe festsetzen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Lasten erkennen und um sie zu einer baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag werde aber nur das Minimum sein, um das man nicht herumgehen werde. Die Tür bleibt aber für Erhöhungen offen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in besonderem Maße verbessere, dann sei es nur gerecht, daß die Alliierten ihren Anteil von diesem Nutzen hätten.

Schiebungen.

In Essen sind umfangreiche Schiebungen ausgeführt worden, die wie immer auch ihre Kreise nach Berlin ziehen. Diesmal sind es nicht gewerbmäßige Schieber, sondern hohe Staatsbeamte und Würdenträger, denen die Teilnahme an diesen widerwärtigen Vorkommnissen nachgesagt wird. Das „Freie Wort“ in Essen behauptet, es sei unter anderem ein Waggon mit Lebensmitteln an die Anschrift des Kultusministers Haenisch abgegangen. Auch der Minister des Innern Severing kommt angeblich unter die Räder. Für die Freigabe eines Güterwagens mit Schokolade soll er 32 000 Mark ausbezahlt erhalten haben. Das sind Anschuldigungen, die mit einfacher Ablehnung nicht quittiert werden können. Die Verantwortung trägt zunächst das „Freie Wort“ in Essen, wobei noch nicht feststeht, ob es über zulässiges Material verfügt. Er verlangt aber eine Untersuchung der Angelegenheit, die tatsächlich in öffentlichen Interesse liegt. Sind die Beschuldigungen unwahr, so muß der Urheber bestraft werden. Sind sie irgendwie erwiesen, so ist für Leute kein Platz im Ministerium, die öffentlich Wähler predigen und heimlich Wein trinken.

Der Mehrheitssozialist Georg Davidsohn veröffentlicht unter der Überschrift „Schiebereien“ in der von Franz Pfemfert herausgegebenen „Klione“, die sich bekanntlich der kommunistischen Arbeiterpartei angeschlossen hat, einen Aufsatz zum Fall Parvus-Marz. Nach dem Davidsohn sich eingehend mit Parvus beschäftigt hat, der eben in Villa Sobernheim auf Schwaneck verstorben ist, wo jede Woche eine intime Feiertunde, an der die Großen der jetzigen Republik teilnehmen, vereint ist, wendet er sich der Familie Marz zu und schreibt wörtlich:

„Material für hunderte von Prozessen gegen Elkan (sechs Söhne hat die Mutter geboren) liegt Ambrosius hoch bei den Staatsanwälten. Die Mühle steht still. Wohl weil Gott es so will.“

Lesen die Zeitungen: Sie berichten auch die kleinsten Sünden kleiner Sünder. Was laßt ihr von Parvus-Marz, von Elkan's Geschwistern, von den tafeldünen Ministern? Nichts! nichts! Nichts! Wo ist der Staat, wo das zu erklären, der das Volk, die Arbeiterklasse, die internationale Sozialdemokratie aufzuklären vermöchte über das größte politische Geschäfts-Unternehmen, das je gewesen ist? Ein solcher Ferkel wäre würdig, daß man zu altmächtiger Tüte zurückgehe, und ihm den Titel „Vater des Vaterlandes“ feierlich von Volkes wegen erteile.“

Diese Feststellungen eines gewiß unverdächtige Angehörigen des „Stillstehens der Mühle“, von dem es spricht, allmählich zu einem Justizskandal schimmern zu werden. Die Öffentlichkeit hat ein begründetes Interesse daran, Aufklärung zu erhalten, welche Schritte von der Staatsanwaltschaft im Elkan-Skandal getan worden sind.

Allerlei Nachrichten.

Der Wiederaufbau.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Statistik der Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten. Auf einer Bahnstrecke von 123 Kilometer ist der Betrieb wieder vollständig hergestellt. Diese Strecke war von den Deutschen ganz und gar vernichtet worden, die zur vollständigen Zerstörung unserer Eisenbahnlinien eine Spezialmaschine erfunden hatten, die eine Lokomotive nach sich zog, die die Gleise hinter sich aufriß. Von 600 Brücken, deren Schienen zerstört waren, sind 475 wieder hergestellt und für den Verkehr freigegeben, ebenso die fünf großen Viadukte von 15 bis 25 Meter Höhe und die Tunnel von Bauxillon und Guise, die mit Hilfe gewaltiger Explosivstoffe eingestürzt waren. Schließlich sind von 390 Bahnhöfen, 370 Güterhallen und 1568 Bahnhofsgebäuden 200 Bahnhöfe, 160 Güterhallen und 1050 Bahnhofsgebäude wieder hergestellt oder repariert und dem Verkehr freigegeben.

Ministerrord in Belgrad.

Nach einer Depesche der „Epoca“ aus Kragin ist in Belgrad der Verpflegungsminister Draskowich ermordet worden. Zwei Personen seines Gefolges wurden verletzt. Die Nachforschungen blieben ergebnislos. Die Täter sollen militärische Uniform getragen haben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wiesbaden, 17. Mai. Beim Aufstehen der französischen Truppe auf dem hiesigen Schloss hatte der Straßenbahnkassierer August Bender von hier sich mißfällig geäußert und gemeint: „Laß doch den Lappen unten!“ Das Kriegsgericht betrachtete das als Verhöhnung und verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis und tausend Mark Geldstrafe.

Kaiserslautern, 17. Mai. Für die Reichstagswahl hat die pfälzische Sozialdemokratie an erster Stelle den früheren bayerischen Ministerpräsidenten und Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern wieder aufgestellt.

Ludwigshafen, 17. Mai. Die Eisenbahnbehörde hat die pfälzischen Stationen und Betriebsinspektoren angewiesen, deutsche Staatsangehörige, die sich für die französische Fremdenlegation antworten ließen, für Reisen in besetzten Gebiet nicht mehr mit Militärfahrkarten zu befähigen, sondern sie auf Bahntarifen des öffentlichen Verkehrs abzufertigen.

Saarbrücken, 17. Mai. Eine Verfügung weist darauf hin, daß ausländische Firmen und Kaufleute im Saargebiet denselben Bestimmungen hinsichtlich der Leistung von indirekten Abgaben unterliegen wie die übrige Bevölkerung.

Koblenz, 16. Mai. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Einfuhr der Zeitschrift „Kladderadatsch“ in die besetzten rheinischen Gebiete vom 15. Mai ab auf zwei Monate verboten.

Wiesbaden, 16. Mai. Auf Grund des Art. 13. des Rheinlandabkommens über die Presse ist das Erscheinen der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ für drei Tage verboten worden, wie von anderer Seite berichtet wird, wegen Abdruck eines Telegrammes betr. schwedische Proteste gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Rheinland.

Berlin, 16. Mai. Nach der „Deutschen Allg.“ verlangen die französischen Behörden in Wiesbaden zu den schon besetzten fünfhundert Wohnungen noch vierhundert andere. Die Stadt wird deshalb vierstöckige Gebäude bauen lassen, die dem Reich zwölf Millionen Mark kosten werden.

Kleine Meldungen.

Berlin. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ erfährt, wird die Einführung des Zweiklassensystems auf den Reichsbahnlinien voraussichtlich im Juni 1921 durchgeführt sein.

Berlin. Aus Swinemünde wird gemeldet, daß dort am Sonntag der erste Transport der aus Rußland auf dem Seewege heimkehrenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Stärke von 350 deutschen und 200 österreicherischen Kriegsgefangenen eintraf.

Paris. Nach den Vereinbarungen von Sythe muß die Herabsetzung der deutschen Heeresbestände auf 100 000 Mann bis 1. Juli vollzogen sein. Es wird den deutschen Vertretern in Spa nicht gestattet werden, Einwendungen dagegen zu erheben.

Zürich. Italienische Truppen haben vorübergehend Turin besetzt. Es handelt sich angeblich um eine Vergeltungsmaßnahme wegen der Ermordung italienischer Soldaten.

Mailand. Dem „Secolo“ zufolge ist jetzt Ritti wieder mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden.

London. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel, deren Beschlüsse für die Konferenz in Spa maßgebend sein werden, wird infolge der Verzögerung der Konferenz von Spa gleichfalls verschoben werden.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 19. Mai.

Der Wahlschein ist eine neue Einrichtung in der Wahlordnung für die Reichstagswahl. Ein solcher muß auf Antrag jedem Wähler, der in der Wählerliste eingetragen ist, ausgestellt werden. Der Wahlschein hat den Zweck, Personen die in Ausübung ihres Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten am Wahltag nicht an ihrem Wohnort anwesend sein können, die Ausübung der Wahl an dem Orte ihres Aufenthalts zu ermöglichen. Hierzu gehören namentlich Schiff- und Flokente; Bahn- und Postbedienstete, sowie Geschäftsreisende. Auch Personen, die zu Kur- und Erholungszwecken außerhalb ihres Wohnortes weilen, können sich einen Wahlschein bei der Gemeindebehörde ihres bisherigen Wohnortes ausstellen lassen. Der Wahlschein hebt jedoch nicht die Bestimmung des § 27 des Reichswahlgesetzes auf, wonach Abwesende sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen können. Der Wahlschein ist also nur Ausweis für die Wahlberechtigung des Inhabers. Der Wahlschein wird nicht ausgestellt bei Wohnungsverwechsel innerhalb von Stimmbezirken (Stabteilen), sondern nur bei Fernsein vom Wohnort am Tage der Wahl.

Ortskrankenkasse. Wir verweisen die Arbeitgeber, die krankenkassenversicherungspflichtige Leute beschäftigen, auf die in heutigen Anzeigenteil enthaltenen Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Mit Wirkung v. 10. 5. 20 ist die Einkommengrenze bis zu Mk. 15 000, — erhöht, wie auch den durchschnittlichen Tagesverdienst entzogen die Lohnklassen und Beiträge geändert sind. Die Berechnung geschieht nach der bisherigen Art mit 5% des Grundlohns. Unberührt bleiben hiervon die seitherigen Pflichtversicherten: Arbeiter, Gesellen, Knechte, Dienstboten und worauf wir besonders hinweisen möchten, Lehrlinge aller Art, sei es daß sie Kost und Wohnung beim Lehrmeister erhalten, sei es, daß sie nichts erhalten; Lehrlinge die bei ihren Eltern beschäftigt sind, werden auf Antrag befreit. Nach zu verweisen ist, daß seit 1. 1. 20 der Wert der Sachbezüge (d. i. Kost und Wohnung) um das Doppelte erhöht ist und bei Kaufleuten Mk. 4,50, bei männl. Personen Mk. 3,60 und bei weibl. Personen Mk. 3, — täglich beträgt. Anmeldungen müssen, was besonders betont werden soll, enthalten: Geburts- tag, Ort, Verdienst und Eintrittstag, Angabe ob ledig oder verheiratet. Zu bemerken ist noch, daß die wöchentlichen Beiträge zur Invalidenversicherung den höheren Verdiensten entsprechend durchweg 50 Pfg. betragen.

Hinweis. Auf die am Freitag abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr von der Deutsch-Demokr. Partei, Ortsgr. Nassau im Gasthaus „Zum Hirsch“ (Paulus) einberufene große politische Versammlung sei an dieser Stelle besonders hingewiesen. Herr Reichstagskandidat Widel wird über das Thema „Kulturaufgaben der Demokratie“ sprechen. Herr Widel steht wohl noch durch seinen im Januar im Hotel Müller (Hk) gehaltenen und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag „Die Arbeit der demokratischen Partei in der Nationalversammlung“ in bester Erinnerung.

Zu dem Fußballwettspiel am vergangenen Sonntag wird uns weiter geschrieben:

Im „Nassaus großer Sporttag“ ist vorbei und die nahezu 1000 Zuschauer waren Zeugen eines äußerst schönen in Nassau noch nicht gebotenen feinen Spieles. Nicht umsonst war der Platz als sich die repräsentative Lahn-Elf der kompletten Liga des Rheines gegenüberstellte. Mit dem Anstoß der Gäste kommt der Ball sofort vor das Tor und die Verteidigung muß rettend eingreifen. Bogner glänzt im Vorhinein und weiß jede gefährliche Lage zu klären. Die Rheinelf zeigt ein schönes, wohlüberdachtes Kombinationspiel, das sie im höchsten Tempo immer wieder vor unser Tor bringt. Ein von Moos gut abgewehrter Ball wird von dem Mittelfürer ausgenommen, und gibt der Rheinmannschaft nach raffinierter Umpielerei der Verteidigung die Führung. Mit 1:0 geht es in die Pause. Nach Wiederbeginn sind die Gäste vor unserm Tore, wo Bogner ein Prachtstück der Rhein-Halbblinde eben noch zur Ecke abwehren kann. Lauter Beifall belohnt die Glanzleistung. Nun findet sich die Rheinelf zusammen, Opfermann bricht durch und seine schöne Vorlage wird von Pammer unhaltbar eingedrückt. Nun kommt der Siegeswille beiderseits in einem äußerst schnellen Tempo zum Ausdruck. Auf und ab wogt das Spiel und treibt die Spannung der Zuschauer ins Ungemessene. In der 78. Minute erhält Langhammer-Nassau den Ball, bricht glänzend durch und legt den Ball Opfermann vor der unter endlosen Jubel mit Prachtstück der Lahnmannschaft die Führung gibt, die sie bis zum Schluß beibehält. Die Gäste waren ohne Ausnahme sehr gut in Ballbehandlung und Abgabe. Der beste Mann der Lahn-Elf war zweifellos Bogner im Tore. Sehr gut gefielen Krepping, Laveth, Berg, Moos und Opfermann.

Im Bezirkstag des Bezirkes „Lahn“. Die erste Tagung des Bezirkes „Lahn“ im Westdeutschen Spielverbandes die am vergangenen Sonntag im Gasthaus „Hirsch“ stattfand und von über dreihundert Vereinsvertreter besucht war, stellte eine herrliche Kundgebung für unseren schönen, freien Rassen dar. Der bisherige Obmann Emil Meusch begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Ueberblick über die im Westdeutschen Spielverbande einzig dastehende sportliche Aufwärtsbestrebung unseres Lahngebietes. In kürzester Zeit ist es dem B. A. gelungen annähernd 3000 Sportleute zusammenzuschließen und den eignen Bezirk „Lahn“ aufzurichten. Er forderte die Vertreter auf alle ihre Kräfte und ihren Einfluß aufzubieten, um die einzelnen Vereinen dem sportlichen Höhepunkte zuzuführen, und alles zu tun zur Ertüchtigung des eignen Leibes, zum Wohle der Allgemeinheit und zum Ruhm unseres deutschen Vaterlandes. Aus dem Geschäftsbericht des Herrn E. Vorwitt-Diez war die ungeheure Arbeit die sich der B. A. zum Wohle der Jugend hat angelegen sein lassen zu entnehmen. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wahl des Herrn Emil Meusch zum Obmann und der Herren E. Vorwitt-Diez, Bogner-Limbürg, Leck-Ems, Zell-Niederlahnstein, Krieger-Oberlahnstein und Kommerbach-Miellen als Beisitzer.

Redakteur Flug aus Frankfurt-Main sprach am vergangenen Sonntag abend in der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei über das Thema „Die kommenden Reichstagswahlen“ vor einer größeren Zuhörerschaft. In seinem ausgiebigen Referat berührte er die politische Stellung der Mehrheitssozialdemokratie zu den anderen Parteien, besonders aber sprach er über den Kapp-Putsch und schob die Schuld hieran den rechtsstehenden Parteien in die Schuhe. Die Sozialdemokratie müsse unbedingt diese Parteien bekämpfen, denn diese wollten die jetzt bestehende Verfassung und Ordnung umstoßen. Zum Schluß appellierte er an alle arbeitenden Klassen am 6. Juni die Stimmen für die Mehrheitssozialdemokratie abzugeben.

Kreisdelegation der Hohen Diez, den 14. Mai 1920.
Interalliierten Rheinland-Kommission
Nr. 4600.

Bekanntmachung.

In Ems, Diez und Nassau sind französische Bibliotheken eingerichtet.

Diese für Befahrungstruppen oder durchreisende Franzosen bestimmte Bibliotheken stehen auch zur Verfügung der deutschen Zivilbevölkerung, die sie benutzen will. Die Bücher werden an nachstehenden Adressen ausgegeben, wofür auch die Leihbedingungen eingehend werden können.

Ems: Täglich in der Buchhandlung Kirchberger, Römerstr. (Vollständige Werke der großen französischen Schriftsteller, rund 4000 Bände.)

Nassau: Dienstags und Freitags von 2 $\frac{1}{2}$ bis 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Rathaus, Zimmer 5.

Diez: Informationsaal, Bahnhofstraße Nr. 7, täglich von 2 bis 4 Uhr.

Der komm. Kreisdelegierte der

H. C. J. I. R.

Clairambault, Hauptmann.

Bekanntmachung.

Das Standesamt ist zur Anmeldung von Totgeburten und Sterbefällen am 2. Pfingstfeiertage, vormittags von 9-9 $\frac{1}{2}$ Uhr, geöffnet.

Nassau, den 17. Mai 1920.

Der Standesbeamte: J. B. Unverzagt.

Bekanntmachung.

Das bahnamtliche An- und Abrollen der Eil- und Frachttücher zwischen Bahnhof Nassau und dem Ortsbezirk Nassau ist dem Rollfuhrunternehmer Theodor Rölz, Nassau übertragen worden.

Die Gebühren sind auf Bahnhof Nassau veröffentlicht und auf Verlangen jederzeit von dem Begleiter der Rollfuhr vorzuzeigen.

Limbürg (Lahn), 16. Mai 1920.

Eisenbahn-Verkehrsamt.

Stundenfrau oder Mädchen

vormittags von 9-11 und nachm. von 2-4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau

Fleisch.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwurst findet am Freitag, den 21. Mai in den Metzgereien L. Neumann, Heintz, Paulus, P. Hammerstein, Jfr. Lindheimer und A. Steuber statt.

Butter.

In den Geschäften von A. Trombetta und Köhler Konsum wird am Donnerstag, den 20. Mai auf Abschnitt 13 der Fettkarte 50 Gramm Butter ausgegeben und zwar an die Inhaber der Karten Nr. 661-780.

Ausgabe an die übrigen Karteninhaber erfolgt später. Die Abschnitte behalten bis dahin Gültigkeit, wenn sie an den Karten verbleiben.

Rebschwefel!

Am Freitag, 21. Mai, vorm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, wird im Rathaushofe, der diesjährige Rebschwefel abgegeben.

Preis 1,- M. für ein Pfund.

Düngemittel.

Freitag, den 21. Mai, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet Ausgabe von Thomasmehl und Kainit statt. Preis per Ztr. Thomasmehl 46,- M. Preis per Ztr. Kainit 10,50 M. Zu anderen Zeiten keine Ausgabe.

Fleischverorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:

Von 9-10 Uhr Fleischkarte 1-100

Von 10-11 Uhr Fleischkarte 101-200.

Von 11-12 Uhr Fleischkarte 201-Schluß

Freitag Nachmittag:

Von 3-4 Uhr Dienethal, Nisselberg und Geisig.

Von 4-5 Uhr Sulzbach.

Von 5-6 Uhr Dörsighofen und Oberwies

Bergn.-Scheuern, 19. Mai 1920.

Der Bürgermeister:

Rau.

Für die anlässlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst

Willi Mir und Frau

Gusti, geb. Bach.

Nassau, den 18. Mai 1920.

Deutsch-Demokratische Partei

Ortsgruppe Nassau

Freitag, den 21. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Saale „Zum Hirsch“ (Paulus):

Große politische Versammlung.

Thema: Kulturaufgaben der Demokratie.

Redner: Reichstagskandidat Widel.

Freie Aussprache.

Wir suchen für unsere alkoholfreie Anlage eine tüchtige Arbeiterin.

Löwenbrauerei.

Reine Rauchtabelle.

Raucherglüh, Grob- und Mittelschnitt, Parinas, Mittelschnitt, Gold-Feinschnitt, Rein Uebersee.

Zigarren

von Mk. 0,80 bis Mk. 2,50

Mk. 0,60 0,70 u. 0,80

Zigaretten (Deutsche Marken)

Haus-Neuerburg: Reiles-Wiesbaden:

Engeltiner, o. Mundst. 30 - Fürst Hohenl., Hohlmdst. 25 -

Mannengold, m. Goldmdst. 40 - Graf Wedel, o. Mundst. 40 -

Overstolz 50 - Corona, Goldmdst. 50 -

Hausmarke 60 - Großherzog Ernst, 60 -

Seraivaris:

Seraivaris Extra 40 - Seraivaris Sera 50 -

Stangenkautabak M. 1,75, Röllchen M. 1,75 u. 2,25

Rudolf Degenhardt, Zigarrengeschäft, Nassau.

Hotel

Hohen-Malberg, Bad Ems.

Kaffee, Konditorei, Gute Küche.

Herrlicher Ausflugsort. - Ab 1. Mai

wieder eröffnet.

C. Albert.

Für die Pfingst-Feiertage

frische Sendung

Spargel

eingetroffen und empfehle

N. Hermes.

Ein braver Junge

kann unter günstigen Bedingungen das Bäckereiwerk erlernen.

Karl Redt, Nassau.

Wie die Reichsfleischstelle acht Millionen „verdient“.

Kürzlich hat man die aufsehenerregende Tatsache erfahren, daß der Reichsfleischstelle infolge geschäftstätiger Dispositionen ein Verlust von 60 Millionen Mark entstand. Ein Seitenstück hierzu aus dem Bereich der Reichsfleischstelle wird jetzt bekannt. Die „Bulonia“, das Fachblatt der Rurst- und Konserverindustrie schreibt: „Die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einigen Wochen mit der holländischen Regierung ein Kreditabkommen dahin getroffen, daß die holländische Regierung a conto der großen Anleihe von 200 Millionen Gulden einen Vorschuß von 25 Millionen Gulden gewähre, um Deutschland in den Stand zu setzen, größere Lebensmittelmengen kaufen zu können bis die große Anleihe von 200 Millionen Gulden, gegen deren Gewährung die französische Regierung Einspruch erhoben hatte, von Holland eingeräumt werden kann. Für die 25 Millionen Gulden, die bis jetzt zugestimmt worden sind, hat die Reichsregierung die Reichsfleischstelle, große Posten Gefrierfleisch, insgesamt 8000 Tonnen, kaufen zu können, wovon 5100 Tonnen aus den Restbeständen amerikanischer Packerfirmen übernommen werden mußten.“

Die holländische Regierung hatte erwartet, daß diese Geschäfte durch die Reichsfleischstelle in Berlin direkt abgeschlossen würden; es ist anders gekommen. Eine in Haag einflussreiche deutsche Firma, deren Inhaber früher der deutschen Verwaltung in Brüssel angehörte, später aber längere Zeit im Haag für die deutsche Reichsregierung amtlich tätig war, nunmehr aber seine guten Beziehungen zu den amtlichen Stellen in Berlin dazu benutzte, um selbst ein großes Geschäft im Haag zu begründen, hat diese gesamten 800 000 Kilogramm Gefrierfleisch angeblich im Auftrag einer bestimmten deutschen Regierungsstelle übernommen und das Fleisch nunmehr erst der Reichsfleischstelle angeliefert, wobei dieser Firma die Kleinigkeit von 1 Mark je Kilogramm Provision zugefallen ist. Sie mit anderen Worten an diesem einzigen Geschäft acht Millionen Mark verdient hat.“

Die „Bulonia“ fragt nun mit Recht:

„Wie ist das möglich? Zu welchem Zwecke ist die Reichsfleischstelle überhaupt noch da, wenn solche Geschäfte ohne ihr Zutun abgeschlossen werden können und sie nachher einfach der eine vollendete Tatsache gestellt und gezwungen wird, zu jedem Preise dieses Fleisch, das doch mit dem Kredit des Deutschen Reiches überhaupt nur gekauft werden konnte, hinterher zu übernehmen, wenn der deutschen Bevölkerung inzwischen eine Belastung von 8 Millionen Mark völlig unnötig entstanden ist? Wir fordern Aufklärung in der Öffentlichkeit von der Reichsfleischstelle, warum es ihr nicht möglich war, diese schändliche und widerwärtige Vertierung des Gefrierfleisches zu verhindern? Ist unter diesen Umständen die Reichsfleischstelle überhaupt noch in der Lage, die ihm vom diktatorischen Ausschusse und vom Ernährungsministerium selbst übertragene Aufgabe zu erfüllen, wenn solche Vorgänge möglich sind? In der Tat, dann hat die Reichsfleischstelle keinerlei Daseinsberechtigung und gegen sie muß als Fleischvertenerungsstelle rücksichtslos Kampf organisiert und durchgeführt werden, wie auch gegen die Viehhandelsverbände, die völlig unberichtigt Hunderte von Millionen Mark verdienen, so daß diese Gewinne selbst den Landwirtschaftslämmern fatal geworden sind, nachdem man schon nicht mehr weiß, wie diese Gelder untergebracht werden können.“

Der Kaiser und der große Generalstab.

Vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg geht dem „Samm. Kurier“ folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Oberst Bauer, im Weltkriegs Abteilungschef im Generalstab, soll einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber u. a. geäußert haben:

„Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste bitten, und auf die vitalsten Entschlüsse des Kaisers mußten wir oft wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nie zu einer Entschlußfassung bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Lubendorff, daß der Kaiser abgelehnt werden müsse, oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet, und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan wurden.“

In voller Übereinstimmung mit meinem damaligen Ersten Generalquartiermeister, General Lubendorff, bemerkte ich hierzu als einziger Chef des Generalstabes des Feldheeres folgendes:

„Ich will annehmen, daß die wirklichen Äußerungen des Obersten Bauer durch wiederholte Übersetzung entstellt und auch sonst mißverstanden worden sind. Seine Aussage über die Kaiserin und Königin hat meiner Äußerung, soweit sie außerhalb der ausschließlichen militärischen Bearbeitung lagen, stets unzutrefflich an den Reichskanzler weitergeleitet. Alle militärischen Entscheidungen sind von meinem allerhöchsten Kriegsherrn stets ohne die geringste Verzögerung getroffen worden. Niemand ist mit einer hierauf bezüglichen Erklärung an mich oder an General Lubendorff herangetreten; ihm wäre sofort die Tür geöffnet worden.“

Hannover, 10. Mai 1920.

von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	102,50	102,50
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	90,—	—
3	do.	80,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	103,25	103,25
3 1/2	do.	91,—	91,—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	101,50	101,50
3 1/2	do.	88,75	88,75
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	—	—
3 1/2	do.	69,40	69,40
3	do.	—	—
Devisen			
	Frankreich	322	323
	Holland	1770	1774
	Schweiz	854	856
	Schweden	1021	1026

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis.

Betrifft: Heraussetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht.

1.

Durch § 5 der Verordnung über die Heraussetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenkassenversicherung vom 1. April 1920 (Reichsgesetzbl. S. 433) ist mit Wirkung vom 10. Mai 1920 ab die Versicherungspflicht in der Krankenkassenversicherung für folgende Gruppen von Beschäftigten von Mk. 5000,— auf Mk. 15000,— (einschließlich) erhöht worden.

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte, in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet;
2. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken;
3. Bühnen- und Orchestermitglieder, ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen;
4. Lehrer und Erzieher;
5. Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, soweit sie nicht unter die §§ 553 bis 553b des Handelsgesetzbuchs fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Dagegen bleiben Arbeiter, Gehilfen und Gesellen nach wie vor krankenkassenversicherungspflichtig, auch wenn ihr Jahresarbeitsverdienst Mk. 15000,— übersteigt, ebenso Lehrlinge mit und ohne Entgelt.

Voraussetzung für die Versicherungspflicht der oben unter 1—5 aufgeführten Personengruppen ist, daß sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Zum Entgelt gehören neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Provisionen, festverprochene (vertragliche) Gratifikationen und Weihnachtsgeschenke, laufende Teuerungszulagen, Sach- und andere Bezüge (Kost, Wohnung, Kleidung, Trinkgelder usw.) die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohns oder neben ihm vom Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Diese Nebenbezüge sind in den Meldungen besonders anzugeben.

Die zu unserer Kasse gehörigen Arbeitgeber der oben unter 1—5 aufgeführten Personengruppen werden demgemäß ersucht, dieselben bis 24. Mai 1920 anzumelden. Unterlassung oder verspätete Einreichung der Meldungen ist unter Strafe gestellt. Zu melden sind auch Versicherte die einer Ersatzkasse angehören.

Neu anzumelden durch ihre Arbeitgeber sind auch diejenigen bisher freiwillig weiterversicherten Personen, die jetzt nach der obigen Vorschrift wieder versicherungspflichtig geworden sind (bis einschl. Mk. 15 000,— Jahresverdienst), weil ihre Weiterversicherung ab 10. Mai 1920 erlischt.

Ferner können diejenigen Mitglieder, welche in der Zeit seit 2. Dezember 1913 wegen Überschreitung der Einkommensgrenze von Mk. 5000,— aus unserer Kasse ausgeschieden sind, binnen 6 Wochen nach dem 10. Mai 1920 also bis spätestens 21. Juni 1920, ihre Wiederaufnahme als Mitglied gemäß § 313 der R. V. D. beantragen, sofern sie beim Ausscheiden berechtigt waren und nicht jetzt nach der obigen Verordnung wieder versicherungspflichtig sind. Unsere Kasse kann jedoch solche Berechtigten, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistungen.

Gleichzeitig bedingt die Erhöhung der Versicherungsgrenze eine anderweitige Festsetzung der Lohnstufen, der durchschnittlichen Tagesentgelte (Grundlöhne) und der Beiträge. Der Höchstbetrag des Grundlohnes wird vorläufig auf Mk. 24,— festgesetzt (gegen bisher Mk. 10,—). Den bisher bestehenden 10 Klassen mit einem Tagesverdienst bis zu Mk. 10,— werden 5 neue Klassen hinzugefügt. Demgemäß ist ab 10. Mai 1920 folgende Einteilung maßgebend:

Lohnstufe	Tagesverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag (5% % des Grundlohns)
1.	Mk. 1,50	Mk. 1,—	—,33
2.	1,51 — 2,50	2,—	—,66
3.	2,51 — 3,50	3,—	—,99
4.	3,51 — 4,50	4,—	1,32
5.	4,51 — 5,50	5,—	1,65
6.	5,51 — 6,50	6,—	1,98
7.	6,51 — 7,50	7,—	2,31
8.	7,51 — 8,50	8,—	2,64
9.	8,51 — 9,50	9,—	2,97
10.	9,51 — 12,—	10,—	3,30
11.	12,01 — 14,—	12,—	3,96
12.	14,01 — 17,—	15,—	4,95
13.	17,01 — 20,—	18,—	5,94
14.	20,01 — 23,—	21,—	6,93
15.	23,01 u. höher	24,—	7,92

Um eine zutreffende Einschätzung der bisher bereits versicherungspflichtig gewesenen Mitglieder entsprechend den neuen Lohnstufen zu ermöglichen, werden die Arbeitgeber und Dienstherren ersucht für jedes dieser Mitglieder bis längstens 24. Mai 1920 Lohnveränderungsanzeigen, soweit dies bis jetzt noch nicht geschehen, einzureichen.

Abdrucke der am 10. Mai d. Js. ab maßgebenden Vorschriften sind bei unserer Hauptstelle in Diez sowie unseren Sektionen in Bad Ems und Nassau erhältlich.

Der Wert der Sachbezüge (d. i. Kost und Wohnung) beträgt vom 1. 1. 1920

- a. Personen in gehobener Stellung Mk. 4,50 tagl.
- b. männl. erwachsene Personen „ 3,60
- c. weibl. „ 3,—

Anmeldungen müssen enthalten: Name, Geburtstag und -Ort, ledig oder verheiratet, Stellung, Verdienst und Eintritt, worauf besonders hingewiesen sei, daß diese Vorschriften fortwährend nicht beachtet werden.

Diez, den 12. Mai 1920.

Der Vorstand.

Reichsarbeitsministerium. Berlin, N. W., 1. März 1920.
4. Nr. 1586. 2. 20. Scharnhorststr. 35.
3. A. 7. P.

Pensionsangelegenheiten ehemals aktiver Offiziere und der Offiziere des Beurlaubtenstandes.

Die beim Reichsarbeitsministerium fast täglich eingehenden Gesuche pensionierter, ehemals aktiver Offiziere, um Erhöhung ihrer Pension infolge Wiederverwendung, Gewährung von Kriegszulage usw. und Anträge der Versorgungsstellen

gleicher Art für diese Offiziere, zeigen, daß bei den Versorgungsstellen vielfach noch Unklarheit über die Zuständigkeit der obersten Verwaltungsbehörden für die Erledigung von Pensionsangelegenheiten der Offiziere besteht.

Zur Behebung von Zweifeln weise ich daher darauf hin, daß das Reichsarbeitsministerium nur für die Pensionsangelegenheiten der Offiziere des Beurlaubtenstandes — soweit sie nicht früher aktive Offiziere gewesen und aus dem aktiven Dienst mit Pension ausgeschieden sind, vgl. Abs. 3 —, ferner der Feldwebellisten und derjenigen ehemals aktiven, zum aktiven Militärdienst vorübergehend wieder herangezogenen Offiziere, die seinerzeit ohne Pension ausgeschieden sind, zuständig ist.

Die Pensionsangelegenheiten der ehemals aktiven pensionierten Offiziere und der in den Beurlaubtenstand überführenden ehemals aktiven Offiziere, die seinerzeit mit Pension aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, werden durch das Heerabwicklungsamt Preußen, Versorgungsdepartement (Abw.) Berlin, Berl. Hedemannstr. 10, erledigt.

Im Interesse der Geschädigten und zur Vermeidung eines schleppenden Geschäftsganges ersuche ich um Bekanntgabe zur künftigen Beachtung und mögliche Verbreitung in der Öffentlichkeit, soweit sie sich ohne Kosten durchführen läßt.

J. A. Dr. Schwegler.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 15 des Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 in Verbindung mit den Bestimmungen der Reichswahlordnung haben wir im Einvernehmen mit der preussischen Landesregierung den Kreiswahlleiter des Wahlkreises 22 „Hessen-Darmstadt“ Staatsrat Vorbach in Darmstadt (Dienstadresse Staatsministerium, Redarstraße 7, Darmstadt) zum Verbandswahlleiter für den 11. Wahlkreisverband „Hessen“ und den Ministerialamtmann Freiherr Loew von und zu Steinfurth in Darmstadt, Stellvertreter des Kreiswahlleiters (Dienstadresse wie oben) zum Stellvertreter des Verbandswahlleiters ernannt.

Darmstadt, den 5. Mai 1920.

Hessisches Gesamtministerium:

Ulrich, Heinrich, Dr. Fulda, von Brentano.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14 des Reichsgesetzes vom 27. April d. Js. (R. G. Bl. S. 627) und der §§ 14 und 15 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 713) habe ich im Einvernehmen mit der Landesregierung von Waldeck die Oberregierungsrat v. Penke in Cassel (Regierung) zum Wahlkreisleiter für die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Samalkalden, den Kreis Wehlar und den Freistaat Waldeck ohne den Kreis Pyrmont umfassenden 21. Wahlkreis ernannt. Zu seinem Stellvertreter in Behinderungs-fällen ist der Regierungsrat Dr. Schulz in Cassel (Regierung) ernannt worden.

Cassel, den 5. Mai 1920.

Der Oberpräsident:

Dr. Schwander.

Servier-
mädchen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Direktion des Kur-
hauses Bad Nassau.



der wirkliche Sohlen-
schuh, gar 4-fach. Hall-
mark, elast., schützt die
Sohle vor Durchsl., im-
prägn. die Sohle und
läßt weder Kälte noch
Nässe durch.
Erprobt und bewährt.
In jedem L. d. einl. Schuh.
Dobal-Werke,
Wiesbaden.

— Vertreter gesucht. —

Jüngeres Mädchen

für leichte Hausarbeit, mittags

ge sucht.

Frau Heinr. Rölz.

Römischkehl

(breite weiße Stengel),

Spinat, Melde, schönen

Kopfsalat empfiehlt

Gärtnerei H. Wilhelm,

Obernhoferstr. 15.

Alle Sorten

Gemüsepflanzen

Lauch, Sellerie, Tomaten,

Tabak- und Kürbispflanzen

empfehlen H. Hermes, Nassau.

Pa. Lahnstückerkalk

frische Sendung erhalten, ferner

empfehlen

Schwemmsteine, Bims-

Zement-Diele, Dach- und

Schreinerbretter.

Chr. Balzer, Nassau,

Baumaterialienhandlung.

Schwarzer Beutel

m. Fingerhut, gez. B. S., Fe-

derhalter, Personalausw.

(Frau Achenbach) verloren.

Beg. gute Belohnung abgegeben

Henriette Theresienstr.

Kleines Wohnhaus

mit Stallung u. größerem Gar-

ten in Nassau und Umgebung

oder in einem Dorfe nicht über

1 Stunde von der Bahnstrecke

Coblenz-Limburg entfernt u.

kaufen gesucht. Offerten unter

E. 102 an die Geschäftsstelle.

Klavierstimmer und

Reparateur

v. Lichtenstein u. Co. Frank-

furt a. M. kommt für hier und

Umgebung ab 25. ds. Mts.

Anfragen unter C. Philippi

an die Exp. d. Bl.

Klavier-

stimmen

übernimmt

e Mand, Coblenz,

Schlossstrasse 36.

Wir suchen zum sofortigen

Eintritt einen erfahrenen

Gärtner

gegen guten Lohn.

Miedjankit-Ges. m. b. H.

Obernhofer-Lahn.

Die ausgesprochene Ver-

mutung, in Gegenwart zweier

Mädchen aus Winden, gegen

den Bergmann P. S. in Winden

nehme ich hiermit zurück.

G. A.

Kräje

unerträgl. Hautjucken beseitigt in

zwei Tagen ohne Berührung

meine geruchlose Einreibung

Milbimors, 100fach be-

währt, fl. für 1 Kur 8,50 Mk.

d. unauffällige Nachn. von

Apotheker Schulte Goslar 65

Vereinsnachrichten.

Turn-Berein Bergna-

lau-Scheuern. Mittwoch

und Freitagabend 8 1/2 Uhr

Turnstunde. — Donnerstag

Abend 8 1/2 Uhr: Altersriege